

Wirtschaftsrat fordert von EU differenzierte PFAS-Regulierung

Ausnahme für Fluorpolymere notwendig

Frankfurt am Main, 10. August 2026. Die geplante Regulierung per- und polyfluorierter Alkylsubstanzen (PFAS) auf europäischer Ebene darf nach Auffassung des Wirtschaftsrats der CDU nicht zu einem pauschalen Verbot von Fluorpolymeren führen. Diese Forderung stand im Mittelpunkt eines Online-Fachgesprächs des Wirtschaftsrats, bei dem u.a. Dr. Michael Schlipf, Sprecher der pro-K Fluoropolymergroup und Geschäftsführer der FPS GmbH über Chancen und Herausforderungen der europäischen PFAS-Regulierung diskutierte.

In seinem Vortrag erläuterte Dr. Schlipf die besondere Bedeutung von Fluorpolymeren für zahlreiche Schlüsseltechnologien – von der Medizintechnik über die Halbleiterfertigung bis hin zur Energie-, Chemie- und Lebensmittelindustrie. Darüber hinaus stellte er aktuelle Entwicklungen zur sicheren Gestaltung des gesamten Lebenszyklus, innovative End-of-Life-Verfahren sowie Fortschritte beim chemischen Recycling vor.

„Fluorpolymere unterscheiden sich grundlegend von anderen PFAS hinsichtlich ihrer Eigenschaften und ihres Risikoprofils. Eine wissenschaftsbasierte Regulierung muss diese Unterschiede berücksichtigen. Nur so lassen sich Gesundheits- und Umweltschutz mit technologischer Innovation und industrieller Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen“, betonte Dr. Michael Schlipf.

Differenzierung statt pauschaler Verbote

Der Wirtschaftsrat der CDU sprach sich ebenfalls für eine differenzierte Regulierung aus. „Beim PFAS-Beschränkungsverfahren darf die EU-Kommission nicht mit der Gießkanne regulieren und alle PFAS pauschal verbieten“, erklärte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats. Fluorpolymere seien für zahlreiche Anwendungen unverzichtbar und leisteten zugleich nur einen sehr geringen Beitrag zu den gesamten PFAS-Emissionen.

Neben ihrer Bedeutung für Zukunftstechnologien bieten Fluorpolymere auch erhebliche Potenziale für die Kreislaufwirtschaft. Moderne Recyclingverfahren ermöglichen bereits heute die Rückgewinnung hochwertiger Rohstoffe und können den Carbon Footprint der Werkstoffe deutlich reduzieren.

PRESSEINFORMATION

Pressekontakt

Dr. Patrick Kohlas
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

☎ +49 (0)69 4089 555 46

✉ patrick.kohlas@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de



Die Diskussion über die künftige PFAS-Regulierung wird die europäische Industrie weiter begleiten. Das Abschlussgutachten des Ausschusses für sozioökonomische Analyse (SEAC) der Europäischen Chemikalienagentur ECHA wird Ende 2026 erwartet, ein Vorschlag der Europäischen Kommission Anfang 2027. Ein Inkrafttreten wäre Ende 2027/2028 möglich.

Über pro-K

Als Trägerverband des Gesamtverbands Kunststoffverarbeitenden Industrie e.V. (GKV) vertritt der pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme e.V. als Spitzenverband die Hersteller von Konsum- und Halbfertigprodukten aus Kunststoff gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

PRESSEINFORMATION

Pressekontakt

Dr. Patrick Kohlas
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

☎ +49 (0)69 4089 555 46

✉ patrick.kohlas@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de

